



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Licht und Schatten einer Stadt

Mit der Ablehnung der Autobahnen durch die Bevölkerung und dem Stopp dieser Projekte durch den Bürgermeister Felix Slavik 1972 begann eine Zeit rationaler Verkehrspolitik, die im Verkehrskonzept 1980 eine Entwicklung einleitete, die mit dazu beigetragen hat, dass sich Wien seit mehr als einem Jahrzehnt an der Spitze der Weltstädte bezüglich Lebensqualität findet.

Was in Barcelona (Spanien) mit dem Namen „Superblock“ vermarktet wird, ist nichts anderes als ein Prinzip, das in anderen Städten länger bekannt ist, in Wien schon seit 1979. Bekanntlich ist nicht jeder Block ein Quadrat.

Eine entscheidende Maßnahme für die klimarechte Verkehrspolitik ist die Reduktion der Autoabstellplätze, zunächst im öffentlichen Raum und die allgemeine Parkgebühr mit Kontrolle. Diese praktische Umsetzung begann erst 1994 im und um das Zentrum und hat sich in Zweijahresschritten auf immer mehr Bezirke rechtsufrig der Donau ausgebreitet.

Öffentlicher Raum wurde damit für die Menschen zurückgewonnen. Rechtsufrig liegt auch die Arbeiterkammer, die in beispielhafter Form diese Entwicklung in Veranstaltungen unterstützt. Was allerdings linksufrig der Donau stattfindet, entspringt sozusagen aus der Gruft der stadtvernichtenden Verkehrsplanungsvorstellungen der 1960er Jahre – wo sie für Jahrzehnte zu Recht begraben waren – und ist das erschreckende Gegenteil einer zukunftsfähigen Stadtplanung.

Eine als „Stadtstraße“ verpackte Autobahn und die Schädigung des Nationalparks durch einen Tunnel, der Stadt Wien wie auch ihres Umlandes durch eine Parallelautobahn zur A23, sind Projekte jenseits nachhaltiger und fachlich verantwortbarer Stadt- und Verkehrsplanung. Die Behauptung, der Nationalpark wäre davon nicht berührt, ist genauso falsch wie die Ansicht, ein Mensch bestünde nur aus seiner Haut und nichts darunter.

Muss die Stadtplanung erst alle Fehler der Vergangenheit wiederholen, um dann damit zu beginnen, was rechtsufrig der Donau seit Jahrzehnten erfolgreich ist: Rückgewinnung des öffentlichen Raumes zugunsten Natur, Fußgänger, Rad- und öffentlichen Verkehr. Verdienen lässt sich damit sowohl an der Naturzerstörung und dann noch einmal an der Reparatur der Fehlplanungen. Wenn vergessen wird, dass es irreversible Schäden gibt.

**Bargeld-Volksbegehren
ab 19. September**

Bargeld als gedruckte Freiheit

Das Zahlen mit Münzen und Scheinen soll weiter uneingeschränkt möglich sein, fordern die Betrei-

Es war kein einzelnes Erlebnis, das Josef Binder dazu gebracht hat, ein Volksbegehren „für uneingeschränkte Bargeldzahlung“ einzubringen. Es waren die vielen Nadelstiche, die Bargeldzahlern das Leben schwer machen. Und ihnen die Lust am Zahlen mit Münzen und Scheinen nehmen sollen.

„Ausschlaggebend waren Regeln wie die Abschaffung des 500-Euro-Geldscheines oder dass es in anderen Ländern bereits Bargeldzahlungs-Ober-

grenzen gibt, in Griechenland liegt sie sogar nur bei 500 Euro“, erzählt der Inhaber eines Tischlerbetriebes in Wien. Aber auch, dass immer mehr „Lokale und andere Unternehmen kein Bargeld mehr annehmen und es nur mehr mit der Karte geht“.

Bargeld soll in die Verfassung

Die „zunehmende Digitalisierung und die ungeheure Datensammlung sind mir so zuwider geworden, dass ich dann gesagt habe, das Bargeld muss geschützt werden.“ Vom 19. bis zum 26. September kann jetzt das Bargeld-Volksbegehren auf allen Gemeindeämtern oder mit der „Handy-Signatur“ unterschrieben werden.

Bargeld soll nicht nur weiter erhalten bleiben, sondern auch in der Verfassung verankert werden, fordern Binder und seine Mitstreiterin Sabine Hatzl. Das sei wichtig, „weil es schnell poli-



Josef Binder und
Sabine Hatzl:
230.000 Unter-
stützer hat
das Volksbe-
gehren schon.